

Impuls-/Eckpunktepapier

Für einen sozialen und demokratischen Aufbruch im Osten

Die Umbruchsjahre des Systemwandels im Osten gehen zu Ende. Die vergangenen Jahrzehnte waren in Ostdeutschland von vielen positiven Veränderungen, aber eben auch von hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung in den Westen und massiven Brüchen in den Biografien der Menschen geprägt. Danach entwickelten sich einige Regionen prächtig, andere blieben zurück. Insgesamt haben wir heute im Osten kaum Arbeitslose, vielerorts herrscht sogar akuter Fachkräftebedarf. Wirtschaftlich steht Ostdeutschland auf einem deutlich stabileren Grund, als das noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. 30 Jahre kontinuierliche, harte und vielerorts erfolgreiche Aufbauarbeit haben sich gelohnt. Mit Stolz können wir sagen: Die Ostdeutschen haben im wiedervereinten Deutschland vieles erreicht, wenn auch noch nicht alles geschafft. Wir im Osten haben auch dank einer gesamtdeutschen Solidarität eine große Leistung vollbracht. Vor allen wenn man anerkennt, wo wir 1990 gestartet sind.

Bislang wurde die Lebensleistung der in Ostdeutschland lebenden Menschen zu wenig gewürdigt, vor allem nicht in Westdeutschland. Teils, weil die enorme finanzielle Solidaritätsleistung als ausreichend angesehen wurde. Teils, weil viele vergessen haben, wie enorm sich der strukturelle Wandel in der Zeit nach 1989 auswirkte. Die Beurteilung der DDR bezog sich weitgehend auf die berechnete Ablehnung des DDR-Regimes, verneinte damit aber auch die Biografien und Leistungen, die Menschen dort leisteten. Zusätzlich ist auch manches Vorurteil gegenüber Ostdeutschen bestehen geblieben. Politik, Wirtschaft und Medien sind bundesweit immer noch westdeutsch dominiert. Auch deshalb gehören spezifische Erfahrungen in Ostdeutschland nicht zum kollektiven Gedächtnis oder gar zum Alltag.

Die spürbare Entsolidarisierung der Gesellschaft verbinden viele Ostdeutsche mit dem „Turbokapitalismus“ ab 1990, insbesondere bezogen auf den ländlichen Raum, mit Langzeitarbeitslosigkeit, Statusverlusten und Zukunftsängsten sowie prekäre Arbeitsbedingungen, der in Ostdeutschland tiefer in die Familien und Lebensläufe eingegriffen hat, als es viele wahrhaben wollen. Wir glauben, es war ein zentraler Fehler, die damaligen Umbrüche, Kränkungen und Ungerechtigkeiten nicht öffentlich zu debattieren. Wir glauben, es wird Zeit über Form und Fehler des damals unter marktradikalen Vorzeichen ablaufenden Systemwandels zu sprechen ohne die DDR-Geschichte zu beschönigen. **Wenn wir im Osten in die Zukunft wollen, müssen wir erst einmal hinter uns die Geschichte aufräumen.**

Zugleich heißt es heute, die Ergebnisse der Revolution und der Aufbauleistung zu verteidigen. Wir haben eine gefährliche Situation. In Chemnitz und anderen Orten zeigt sich ein neues, offenes gefährliches Bündnis von Neonazis, Rechtsradikalen und Rechtspopulisten. **Ein zweites Mal nach 1990/91 versucht die extreme Rechte im Osten die demokratische Gesellschaft frontal anzugreifen.** Diesmal besser vernetzt und organisiert, angefeuert durch Erfolge rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa, ja weltweit, gelingt es ihnen besser, bis weit in die Mitte der normalen Bevölkerung zu mobilisieren. Der Blick auf unsere osteuropäischen Nachbarn u.a. in Polen, Russland oder Ungarn zeigt, es geht um viel: Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind in Gefahr.

Wir haben als ostdeutsche Sozialdemokrat*innen unseren Beitrag für den Aufbau der Demokratie, der Marktwirtschaft und des sozialen Rechtsstaats im Osten geleistet. Wir haben uns vor fast 30 Jahren als erste Partei noch vor dem Mauerfall gegen die Diktatur, für Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Demokratie gegründet. Heute übernehmen wir in allen ostdeutschen Bundesländern als Regierungsparteien Verantwortung, um das Leben der Menschen zu verbessern und die Narben der Vergangenheit zu schließen. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin stellen wir die Ministerpräsidentin bzw. den Ministerpräsidenten. Die SPD hat immer an der Spitze derer gestanden, welche die Demokratie verteidigt haben.

Doch die SPD hat offensichtlich im Osten enorm an Vertrauen verloren. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 hat sich mit 14,5 Prozent gegenüber 2005 (30,4) mehr als halbiert. Fast schon ist vergessen, dass die Ostdeutschen 1998 und 2002 Wahlsiege der SPD überhaupt möglich machten. Viele Ostdeut-

sche wählen heute eine rechtspopulistische Partei. Es ist einer der deutlichsten Unterschiede des Ergebnisses der SPD bei den Bundestagswahlen zwischen Ost und West: wir haben weder die Unzufriedenen noch die Zufriedenen im Osten erreicht.

Die Bürger im Osten sollen die SPD auch auf Bundesebene wieder als ihre Partei wahrnehmen. **Wir werden dazu als Ost-SPD wieder stärker Interessen, Botschaften und Visionen aus ostdeutscher Sicht einbringen.**

Wir wollen uns gleichzeitig als ostdeutsche SPD neu aufstellen und als starke regionale Interessenvertretung der Ostdeutschen etablieren. Dazu gehört zu allererst: **Wir lassen den Osten nicht schlecht reden!** Wir haben Probleme im Osten. Wir verurteilen und bekämpfen den Rechtsextremismus im Osten seit Jahrzehnten. Gerade deshalb wissen wir, dass billige Pauschalurteile über die Ostdeutschen falsch und schädlich sind. Wir werden sie weiterhin scharf zurückweisen und einen differenzierten Blick auf Ostdeutschland einfordern. Dazu gehört für uns, ein stärkeres Augenmerk auf die zu richten, die seit Jahrzehnten mutig für eine stärkere Zivilgesellschaft im Osten eintreten. Es gibt viele stille Helden des Alltags, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Der Osten muss eine größere Rolle spielen. Zu häufig herrscht in der Bundespolitik und auch in der SPD ein „Westblick“. Spezifische ostdeutsche Bedingungen und Bedürfnisse werden häufig zu wenig mitgedacht. Wir werden daher zu zentralen Politikfeldern wie der Steuer-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Wirtschaftspolitik etc. unsere spezifischen ostdeutschen Interessen in Zukunft lauter und kompromissloser vertreten. Unsere Bereitschaft, Gesetzen und Maßnahmen zuzustimmen, die ihre Wirkung besonders in Westdeutschland entfalten, werden wir daraufhin prüfen, ob spezifisch ostdeutsche Interessen gleichermaßen Berücksichtigung finden. Viele scheinen zu vergessen, dass der Osten genauso viele Einwohner wie NRW hat und mehr als Bayern.

Ostdeutschland ist Vorreiter und Vorbild einer modernen Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik, hat sich eine vielfältige Kulturlandschaft bewahrt und bietet eine breite Wissens- und Forschungslandschaft. Es braucht unseren Beitrag zur Debatte über die Zukunftsthemen des Landes. Welche Impulse kann die ostdeutsche Sozialdemokratie für eine neue Sozialpolitik geben? Was bedeutet die Digitalisierung für die ostdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft? Welche Erwartungen hat der Osten an einen funktionierenden Stadt-Land-Ausgleich? Diese Zukunftsdebatten führen wir entschlossen und visionär. Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. **Wir können selbstbewusst eine Politik aus dem Osten für Deutschland formulieren.** Im Erneuerungsprozess der SPD, der aktuellen Regierungspolitik sowie auf dem Ostkonvent der SPD im Frühjahr 2019, werden wir daher Vorschläge für zentrale Politikfelder unterbreiten.

- 1. Lohnpolitik:** Wir brauchen eine gerechte Lohnpolitik. Mindestlohn und Fachkräftemangel haben die Arbeitnehmer/-innen im Osten gestärkt. Zu viele arbeiten trotz Mindestlohn weiterhin prekär und mit Niedriglöhnen. Wir müssen daher die Primäreinkommen erhöhen und wollen, dass es leichter wird, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.
- 2. Rente:** Wir müssen die Lebensleistung der ostdeutschen Aufbaugeneration nach 1989 anerkennen. Diese hat sich durch die Umbrüche gekämpft, die Wirtschaft wiederaufgebaut und den Osten am Laufen gehalten, und dabei oft auf höhere Löhne verzichtet. Gerade diese Aufbaugeneration macht sich zu Recht Sorgen um ihre Renten. Diese drohende Altersarmut wird zu einer der größten Gerechtigkeitsfragen Deutschlands. Die Solidarrente ist für den Osten das zentrale Projekt. Wir haben das wichtige Betriebsrenten-Förderungsgesetz unterstützt, wohl wissend, dass die kleinen ostdeutschen Betriebe selten davon profitieren. Wir erwarten aber auch, dass Renten-Regelungen durchgesetzt werden, die in Ostdeutschland für mehr Gerechtigkeit sorgen wie eine echte Solidarrente und der Gerechtigkeitsfonds.
- 3. Sozialpolitik:** Wir brauchen mehr Leistungsgerechtigkeit. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben jahrelang mehr Stunden zu geringeren Löhnen gearbeitet, und kamen trotzdem kaum von der Stelle. Weil kaum Beschäftigte im Osten relevante Vermögen oder Erbschaften besitzen, profitieren sie kaum von der Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz IV. Wir wollen prüfen, ob

Arbeitnehmer nach 30 Beitragsjahren nicht mehr in Hartz IV fallen, sondern eine Regelung ähnlich der alten Arbeitslosenhilfe – ohne Sanktionen, aber mit einer Deckelung wie beim Elterngeld erhalten können. Wenn wir als SPD den Sozialstaat neu justieren, müssen die vielen gebrochenen Erwerbsbiografien im Osten angemessen berücksichtigt werden. Die Gruppe von abgehängten Milieus ist aufgrund der Nachwendzeit immer noch doppelt so groß wie im Westen. Die Schulabbrecherquoten sind höher. Hierfür brauchen wir Antworten wie ein solidarisches Grundeinkommen und ein Chancenkonto für jede und jeden Erwachsenen über 18 Jahren. Das Geld kann dann im Laufe des Berufslebens für Weiterbildungen oder eine Unternehmensgründung genutzt werden. Damit können gerade Nachteile für viele junge Ostdeutsche ausgeglichen werden, weil diese über viel weniger Vermögen oder Erbschaften verfügen.

4. **Wir brauchen mehr Engagement für Demokratie und gegen die extreme Rechte:** Noch immer ist die demokratische Zivilgesellschaft im Osten schwächer und weniger selbsttragend. Die bundesweite Demokratieförderung stärkt die bestehenden Akteure und vergrößert ihre Wirkmächtigkeit. Wir brauchen die Zivilgesellschaft aktuell dringender denn je. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem Gesetz zur Förderung der Demokratie in Deutschland. Schulen und Kitas müssen zu Treibhäusern der Demokratie werden.
5. **Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik:** Wir in Ostdeutschland sind Vorreiter einer modernen Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik. Die Frauenerwerbsquote ist deutlich höher als im Bundesschnitt, der Lohnnachteil von Frauen geringer, die Kita-Betreuung flächendeckender. Gleichzeitig leben im Osten deutlich mehr minderjährige Kinder bei Alleinerziehenden. Die staatlichen Familienleistungen sind aber immer noch zu stark am westdeutschen männlichen Alleinährer ausgerichtet. Während das Ehegattensplitting eine fast vollständige Westsubvention ist, fehlt in Deutschland immer noch eine Kindergrundsicherung mit einem elternunabhängigen Grundbetrag. Diese Debatte werden wir mit Nachdruck führen.
6. **Öffentliche Güter und gleichwertige Lebensverhältnisse:** Wir müssen im Bündnis mit westdeutschen Regionen die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse stärker in den Fokus rücken. Soziökonomisch schlecht dastehende Städte und Gemeinden wie etwa im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir wollen verhindern, dass die Union die Strukturförderung durch die Förderung wohlhabender ländlicher Regionen schwächt. Wir fordern ein gesamtdeutsches Fördersystem, das zur Angleichung der Lebensverhältnisse beiträgt.
7. **Fachkräfte:** Die demografische Entwicklung bringt spezifische Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik im Osten. Die Unternehmens-Pioniere von 1990 gehen in Rente, genauso wie die noch in der DDR ausgebildeten Facharbeiter/-innen. Wir haben enormen Fachkräftebedarf. Dies führt zu massiven Herausforderungen und Chancen für die ostdeutsche Gesellschaft. Wir werden uns daher vehement in die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz oder einen Mindestlohn für Auszubildende einbringen.
8. **Industriepolitik:** Ostdeutschland beherbergt zahlreiche historische Zentren deutscher Industrieproduktion. Nachdem in Folge des Zusammenbruchs der DDR-Planwirtschaft zahlreiche Industriearbeitsplätze verloren gegangen sind, steigen Wertschöpfung und Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe inzwischen wieder überdurchschnittlich. Der Osten kann mit seinem hohen Ausbildungsniveau in industrierelevanten Bereichen und seiner dezentraleren, flexibleren Produktionsstruktur zum Nutznießer des Aufbruchs ins „Industrie 4.0“-Zeitalter werden. Voraussetzung sind u.a. wettbewerbsfähige Löhne, bezahlbare Energie, die Stärkung des Exports und der betrieblichen Forschung und Entwicklung sowie ausreichend gewerbliche Gründungen und Betriebsübergänge. Zur Unterstützung der arbeitnehmerorientierten Industriepolitik muss insbesondere der Zugang zu EU-Strukturfondsmitteln nachhaltig gesichert werden.
9. **Forschung:** Von der steuerlichen Forschungsförderung profitiert kaum ein ostdeutsches Unternehmen. Stattdessen muss ein stärkerer Fokus auf Institutionenbildung und Projektförderung geschaffen werden. Wenn überhaupt eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt wird, muss sie auf

KMU beschränkt bleiben. Die steuerliche Förderung muss auch gewährt werden, wenn KMU Auftragsforschung vergeben.

- 10. Wir wollen eine gesamtdeutsche Aufarbeitung der Umbruchszeit nach 1989.** Diese Phase der Deutschen Einheit prägt viele bis heute – egal ob sie sich erfolgreich durchgekämpft haben, oder eben nicht. Es geht um Aufbruch, Hoffnungen und Chancen, aber auch um Kränkungen, Demütigungen und Ungerechtigkeiten. Wir wollen daher eine gesamtdeutsche Wahrheits- und Versöhnungskommission einsetzen. Diese Kommission soll die Sprachlosigkeit durchbrechen und berechtigte Kritik in politische Handlungsempfehlungen übersetzen. Bis zum Ostkonvent wollen wir einen Entwurf vorlegen, wie eine solche Kommission aussehen kann.
- 11. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen brauchen wir eine Reform der Steuern für sehr große Erbschaften und Vermögen.** Weil Immobilienwerte aufgrund der Reform der Grundsteuer ohnehin neu erfasst werden, können wir eine verfassungskonforme Vermögenssteuer einführen. Einnahmen dürfen nicht in erster Linie Ländern mit hohem Privatvermögen zugutekommen und das Aufkommen muss gerecht verteilt werden. Erbschafts- und Vermögensteuer müssen daher als Bundessteuern eingeführt werden.
- 12. Repräsentation:** Wir brauchen Maßnahmen, um die Vertretung Ostdeutscher in Spitzenpositionen zu erhöhen. In den in Ostdeutschland angesiedelten Bereichen der Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Militär sind gerade mal 25 bis 35 Prozent der Spitzenpositionen von Ostdeutschen besetzt, obwohl 87 Prozent der Einwohner ostdeutscher Herkunft sind. Bundesweit fällt die Unterrepräsentanz in zentralen Führungspositionen noch mehr auf: Nur 1,7 Prozent der Spitzenpositionen sind bei 17 Prozent Bevölkerungsanteil mit Ostdeutschen besetzt. Es müssen daher mehr Bundesbehörden in Ostdeutschland angesiedelt werden. Wir wollen untersuchen, ob Bewerberinnen und Bewerber aus den ostdeutschen Bundesländern generell in den Bundesbehörden seltener berücksichtigt werden. Sollte dies zutreffen und Ursachen dafür im Bewerbungsverfahren oder schon in der Ausschreibungspraxis erkannt werden, müssen effektive Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.